Rede der CDU-Ratsfraktion
zum Haushaltsentwurf des Jahres 2005
am 6. Dezember 2004 auf der 13.(IV)04 Stadtratssitzung

vorgetragen von Herrn Reinhard Stern, Fraktionsvorsitzender

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr verehrte Gäste,
sehr verehrte Vertreter der Medien,

vor ein paar Tagen konnten wir über die Medien die Haushaltsdiskussionen im Bundestag verfolgen. Zahlen wurden dort genannt und Entwicklungen beschrieben, die einen schwindlig machen konnten. Es war ein Offenbarungseid der großen Politik. Schulden über Schulden, fehlende Einnahmen, eine wirtschaftliche Situation, die Deutschland zum Schlusslicht in Europa werden lässt. Und tatsächlich wurde durch den Bund bisher alles zu getan, um die Kommunalfinanzen zu zertrümmern - durch steuerliches Ausbluten der Kommunen und durch grenzenlose Ignoranz und Planlosigkeit beim Aufbau Ost.

In einer Zeitung aus Magdeburg konnte man am Sonnabend auf 1 1/2 Seiten Stellenanzeigen nachlesen. Meine Damen und Herren, vor 10 Jahren war dies noch auf 10 Seiten möglich. Wir haben in den vergangenen Jahren in unserer Haushaltspolitik immer wieder darauf hingewiesen, dass eine gute Sozialpolitik, eine gute Kulturpolitik, also eine gute Politik für den Bürger nur gemacht werden kann, wenn wir in der Stadt eine prosperierende Wirtschaft haben und eine gute Wirtschaftspolitik machen. Wir haben diesbezüglich in den Haushaltsberatungen zu den Haushalten in den vergangenen Jahren Ideen und Anträge immer wieder eingebracht, wie wir die Wirtschaftspolitik in der Stadt, insbesondere im Verwaltungsbereich, forcieren möchten. Wir müssen uns allerdings fragen, Herr Oberbürgermeister, wie die Ideen und Anregungen der CDU-Ratsfraktion von ihnen, von der Verwaltung, aufgenommen, werden.

Was macht eigentlich unser Europabeauftragter in der Stadtverwaltung?
Wie verbindet er eigentlich regionale Interessen mit den wirtschaftlichen Interessen der Stadt? Dresden hat in diesem Bereich mehr als 8 Beschäftige. Was ist aus dem vom Stadtrat angenommenen Antrag der CDU-Ratsfraktion geworden "Wirtschaft akquiriert Wirtschaft"? Was und wie treten Wirtschaftsunternehmen, die durch die Stadtverwaltung mit dem notwendigen Material versorgt worden sind, im Ausland auf und wie werben sie für unsere Stadt? Schämen wir uns mittlerweile unserer wirtschaftlichen Berichte, so dass diese nur noch, wie im letzten Stadtrat, als nichtöffentliche Informationen den Stadträten zugänglich gemacht werden?
Wir vermissen als CDU Konzepte, Strategien, die den Weg aus der Wirtschaftkrise der Stadt Magdeburg aufzeigen. Seit Jahren stagnieren unsere Arbeitslosenzahlen, ca. 24 000 Menschen in dieser Stadt sind als arbeitslos gemeldet.
Einnahmen aus Gewerbesteuern und Einkommenssteuern gehen uns in Größenordnungen verloren. Spätestens im nächsten Jahr, wenn Hartz IV unbarmherzig Auswirkung zeigt, werden wir eventuell statistische Korrekturen herbeiführen können, aber die Lage wird sich aufgrund fehlender Konzepte kaum verbessern.

Riesige Flächen, hunderte von Hektar in der Stadt erschlossene Gewerbeflächen, warten auf Investoren. Der politische Kraftakt, indem man die Wirtschaftsförderung der Stadt in der Verwaltung zusammengefasst hat, hat bisher u. E. nicht zu einer Verbesserung der logistischen Betreuung der Stadt für die Wirtschaft geführt. Die Wirtschaft in der Stadt wird mehr denn je verwaltet und es wird mehr denn je in Verwaltungsstrukturen gedacht. Auf den Internetseiten von Magdeburg.de findet man dazu die Anfragen von Magdeburger Bürgerinnen und Bürgern. Warum sage ich das an dieser Stelle; weil mehr denn je es von diesem Bereich abhängt, wie wir uns in Zukunft aus der verzweifelten Finanzlage der Stadt befreien können.
Ein Konzept, wie wir die Personalkosten im Verwaltungshaushalt der Stadt reduzieren, hat uns die Stadtverwaltung vorgelegt. Es ist u. E. ein anspruchsvolles Konzept, allerdings beschreiten andere Städte hier andere Wege. Das Konzept hat allerdings zwei Schwachstellen, die immer nachgefragt werden müssen. Sinken die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Magdeburg, weil eventuell durch Einsparung im Personalkostenbereich damit Pflichtaufgaben nicht mehr oder nur im verminderten Umfang erbracht werden können? Das müsste dann eigentlich dazu führen, dass wir Standards neu definieren müssen. Eine große Schwachstelle dieses Personalkostenkonzeptes liegt u. E. darin, dass sie ohne eventuelle Tarifsteigerungen geplant werden. Das ist nicht der Weg, weil uns jede weitere Tarifkostenerhöhung sofort Personalkosten in Millionenhöhe beschert und wir in einem Nachtragshaushalt reagieren müssen. Diese Einsparungen führen natürlich zu Lohnverzicht und damit auch zu Konsumverzicht. Das können wir aber unseren Händlern und Gewerbetreibenden der Stadt nur schwer vermitteln.

Die Erfolglosigkeit bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung wenn auch nur eines kleinen Wirtschaftsaufschwungs in der Stadt, ist signifikant. Hier müssen wesentlich mehr Reserven mobilisiert werden und das Miteinander zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik muss stärker zum Ausdruck kommen. Dazu bedarf es aber auch, dass Vorschläge von den politischen Gremien ernst genommen werden und durch die Verwaltung umgesetzt werden. Ein Mittel, um zu Einsparungen zu kommen und Aufgaben zu verlagern, ist sicherlich die Möglichkeit der Privatisierung, aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass in vielen Bereichen noch zu viel der Slogan vorherrscht: „Nur weiter so!“. Viel zu oft scheint noch das Gefühl vorzuherrschen, wir hätten es lediglich mit einer vorübergehenden Krise zu tun, die man eben irgendwie überbrücken müsste. Man ist deshalb nicht bereit, echte Prioritäten zu setzen, weil man dann auch Nachrangigkeiten benennen müssten. Immer noch gilt das Primat, dass die Verwaltung alles selber machen muss. Immer noch gelten ganze Bereiche als unantastbar. Nur so und nicht anders kann man es verstehen, dass Vorschläge unserer Fraktion zu den vergangenen Haushaltsberatungen zur Privatisierung der Stadtbeleuchtung, der Lichtsignalanlagen oder des kommunalen Gebäudemanagements bisher abgewiesen worden sind. Aber kann man so nicht endlich auch das Problem der dunklen Straßen, insbesondere des Magdeburger Ringes und des August-Bebel-Dammes lösen? Das würde dem Bürger eine klare Alternative aufzeigen. Nein, wir beschreiten in Magdeburg einen anderen Weg.
Wir gliedern Bereiche, die bereits privatisiert waren, wieder in die Verwaltung ein, wie im Bereich der Parkraumbewirtschaftung dargestellt.
Sie werden von unserer Fraktion deshalb immer wieder Vorschläge in Richtung klarer und eindeutiger Verlagerungen von Aufgaben in die privatwirtschaftlichen Bereiche hören. Die von einer Mehrheit dieses Hauses beschlossen Privatisierungen 2005 von 15 Millionen und 2006 von 25 Millionen konnten bisher nicht in aller Klarheit und Deutlichkeit durch uns diskutiert werden.

In einem Bereich sind wir allerdings Spitze im Verwaltungshaushalt. Nach den jährlich vorliegenden Benchmarking-Reporten im Vergleich der großen ostdeutschen Städte hat die Stadt Magdeburg im Jahr 2002 die zweite Position im Bereich Beschäftige im Kulturbereich hinter der Stadt Weimar inne gehabt. Im Benchmarking-Report des Jahres 2003, der uns vorliegt, haben wir inzwischen die Spitzenposition erreicht mit 32,25 Mitarbeitern pro 10 000 Einwohner. Das zeigt allerdings auch, Herr Oberbürgermeister, wo wir Reserven haben, Reserven dahingehend, dass wir Überlegungen anstellen, uns von sehr kostenintensiven

Bereichen nicht zu trennen, nein, sie in eine andere Form zu überführen. Die großen Städte Leipzig und Dresden machen es uns in diesen Fragen vor.
Das Angebot vieler Ehrenamtlicher, die bereit sind, in Vereinen und Verbänden Aufgaben zu übernehmen, findet von uns vollste Zustimmung und Unterstützung. Diese Angebote sind aber einer genauen Prüfung und Kalkulation zu unterziehen, damit sie nicht nur von kurzlebiger Natur sind und wieder in den Stadthaushalt übernommen werden müssen. Auch das Engagement der vielen Bürgerinnen und Bürger auf Bürgerversammlungen sollte wesentlich mehr in die Haushaltsberatungen mit einfließen. Als Stadtrat nehme ich jedes Angebot an, auf Bürgerversammlungen, insbesondere zu Straßenausbaumaßnahmen, anwesend zu sein, und ich höre mit Interesse, dass die Bürgerrinnen und Bürger, die hier ihre Vorschläge unterbreiten, um endlich von hohen Standards in Anliegerstraßen und Straßen in Randbereichen der Stadt Magdeburg wegzukommen. Hier liegt durchaus in wirtschaftlich
schwierigen Zeiten ein Potential, das wir nutzen sollten und auf die Meinung von Bürgerinnen und Bürgern hören sollten.

Lassen Sie mich nun einige wichtige Aspekte zum Bereich des Vermögenshaushaltes sagen. Die Investitionen in die Infrastruktur werden von uns nicht in Frage gestellt. Wir fragen allerdings, wo die Abstimmungen mit der Bahn AG bleiben, um insbesondere hier eine Verzahnung zwischen den Investitionen des Bundes und der Stadt zu erreichen. Die ICE-Anbindungen, die in den vergangenen Jahren stark rückläufig waren, müssen erhalten werden. Der Straßenbau war bisher immer eine der wenigen noch herausragenden Investitionsmerkmale hier in der Stadt. Zur Standortsicherung sollte deshalb der vierspurige Ausbau des Schleinufers und des Renneweges einschließlich der Berliner Chaussee im Osten weiterhin vorangetrieben werden. Für einen
Mangel halten wir es allerdings, dass die Umgehungsstrasse in Südost einschließlich der Verlagerung der B 71 nicht in der Prioritätenliste erscheint. Das ist keine Unterstützung für unsere Wirtschaft. Das Problem der Luftanbindung von Magdeburg ist ein Trauerspiel ohne Gleichen. Was uns, der nach festgestelltem Planfeststellungsbeschluss nicht vollzogene Ausbau, an Standortnachteil als Landeshauptstadt gebracht hat, wage ich mir gar nicht vorzustellen. Allerdings sind wir uns sehr wohl im Klaren darüber, dass Magdeburgs Zukunft in dieser Frage auf dem Spiel steht.
Die Standortpolitik, die wir mit dem Hafen betreiben, braucht weiterhin unsere Unterstützung und wird unsere Unterstützung weiterhin haben, um hier in Zukunft dieses Transportmedium nicht in Frage zu stellen. Dazu bedarf es allerdings auch bundespolitischer Beschlüsse in Bezug auf die Elbe.
Magdeburg als Wissenschaftsstandort wird von uns sehr befördert. Die uns vorgelegten Informationen für die Zusammenarbeit zwischen Universität, Fachhochschule und Stadtverwaltung, lassen allerdings nicht gerade Visionäres seitens der Verwaltung erkennen. Universität und Fachhochschule nur in die Bemühungen und die Arbeiten zum 1200jährigen Jubiläum unserer Stadt einzubinden, reicht
uns nicht.

Meine sehr verehrte Damen und Herren, unsere Stadt steht im Jahre 2005 vor der 1200-Jahrfeier, eine altehrwürdige und doch junge und moderne Stadt wünschen wir uns. So wollen wir der Welt zeigen, was Magdeburg bedeutet. Wir wollen nicht nur Geschichte zeigen, sondern wir sollen auch Neues zeigen und insofern sind die Investitionsobjekte wie der Tunnel am Universitätsplatz, die Sternbrücke, die Fertigstellung des Aussichtsturmes im Stadtpark, das neue Schauspielhaus oder auch das Hunderwasserhaus und die gesamten Baumaßnahmen um das Domplatzareal und das Stadtzentrum doch von sehr wichtiger Bedeutung für die Darstellung der Stadt.
Bestrebungen, die vielfältigen Aufgaben der Stadt teilweise in anderen Strukturen oder in Fusionierungen anzugehen, werden von uns unterstützt. Die guten Erfolge, die der Stadtgartenbetrieb in den letzen Monaten erreicht hat, indem er Aufgaben an Private übergeben hat, sollten fortgeführt werden.
Wir haben einen diesbezüglichen Antrag in den Stadtrat eingebracht.

Die wirtschaftliche Entwicklung in einer unserer wichtigsten und von den Bürgerinnen und Bürgern sehr stark angenommenen Freizeiteinrichtung in den vergangenen Jahren, der Magdeburger Zoo, macht uns sehr große Sorgen. Die Besucherzahlen sind stark rückläufig und der Zustand einiger wichtiger Einrichtungen ist desolat. Allerdings liegt uns ein beschlossener Wirtschaftsplan 2005 zu dieser wichtigen Einrichtung bisher nicht vor. Das ist ein eklatanter Mangel in diesem Haushalt. Das Vertrauen in die Mittelfristplanung reicht uns hier nicht. Der Zoo bedarf unserer Unterstützung, aber die Art und Weise, wie Verwaltung und Stadtrat in dieser Frage zusammenarbeiten, kann uns nicht befriedigen. Das ist u. a. eine Frage des strategischen Beteiligungsmanagements. Ein Einzelkämpfer für sämtliche Gesellschaften, ein Fachmann für Messen, Häfen, Flugplätze, Parkanlagen und Zoos. Wir können nicht erkennen, dass dies von uns bereits angesprochene Problem zu den Haushaltsberatungen des Jahres 2004 in irgendeiner Art und Weise zu einer Veränderung geführt hat.

Meine Damen und Herren, unsere Auffassung zur Schulplanung haben wir in den vergangenen Wochen und auch in unseren Anträgen dargelegt. Wir sind weiterhin der Auffassung, dass im Interesse der Schülerinnen und Schüler und der Eltern wesentlich mehr Aufgaben zur Sanierung und Instandhaltung im Bereich der Schulen getan werden muss. Wir erwarten von der Verwaltung, dass uns umgehend die vorgesehenen Projekte im Bereich des Publik Private Partnerchips vorgelegt werden, damit sie von uns auch beraten werden können. Wir haben Anträge zur Verbesserung der Situation an den Schulen in die Beratungen mit eingebracht. Insbesondere macht uns Sorge, dass Projekte wie die Therapiehalle an der Kükelhausschule nicht eingestellt sind.
Meine sehr verehrten Damen und Herren,
in den letzten Stunden der Haushaltsberatung wurde noch mal ein wichtiges Projekt unserer Hochkultur beraten, nämlich die Unterstützung für unsere Theater. Wir haben in Magdeburg eine herausragende Theaterlandschaft sowohl im Kinder- und Jugendbereich als auch im Bereich der Erwachsenen als auch in der musikalischen Darstellung. Ob das alles auf Dauer so finanzierbar sein wird, darin hegt die CDU-Ratsfraktion ihre Zweifel, allerdings wird sie dafür eintreten, dass wir auch in Zukunft eine solide und künstlerisch wertvolle Theaterlandschaft in Magdeburg haben. Es muss mehr denn je gelten, dass der Bürger seine Einrichtung auch verstärkter nutzt und nachfragt, damit es Bestand hat und Objekte mit weniger Besucherzahlen müssen dann doch sich Fragen gefallen lassen. Nicht akzeptabel ist die Meinung von Bürgerinnen und Bürgern, dass wir große Teile dieser Landschaft uns erhalten wollen, aber er sie nicht besucht, aber er fordert seinen Erhalt von der Stadt. Um diese Bereiche der Hochkultur zu erhalten, muss die Stadt sich aber aus der Förderung allen anderen schönen Wildwuchses zurückziehen dürfen. Stadtteilinitiativen, soziokulturelle Zentren, freie Gruppen, wenn diese vital sind, wenn diese Lebensfähig sind, d. h., auf vitales Interesse stößt, werden sie sich selbst finanzieren. Hier muss auch, wie in der Wirtschaft, das Prinzip der Subsidiarität gelten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will zum Schluss ein deutliches Gesprächsangebot unterbreiten, damit wir den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept doch noch zukunftsfähig gestalten. Wir wollen eine Stadtpolitik, die das bereitstellt, was der Bürger braucht und was der wirtschaftlichen Entwicklung dient. Ansonsten wollen wir sparen und Schulden abbauen.
Wir haben diesbezüglich über 20 Anträge zu diesen Haushaltsberatungen gestellt, die zeigen, dass wir in vielen Dingen auch kompromissbereit sind. Wir haben auch Anträge zu Personalkosteneinsparungen gestellt und nicht, Herr Oberbürgermeister, wie sie fälschlicherweise in der letzten Stadtratssitzung mitgeteilt haben, dass diesbezüglich keine Anträge vorlagen. Wir haben Anträge zur Privatisierung gestellt und wir haben Anträge zu bestimmten Investitionen gestellt. Ich werde zu den Mehraufwendungen, die dazu benötigt werden zu den Anträgen etwas sagen.
Wir denken insbesondere, dass wir eine Neujustierung der Leistungsstandards brauchen, dass wir ggf. auch auf Leistungen verzichten. Dies ist möglich und das ist auch der bessere Weg, es ist der Weg, der

Magdeburg wirklich in eine gute Zukunft führen kann. In einem Jahr, was für die Stadt von außerordentlicher Bedeutung ist, nämlich das 1200jährige Magdeburg, gedenkt seiner Vergangenheit, aber es richtet sich vor allen Dingen für die Zukunft neu ein und aus unserer Sicht gibt es zu diesem zukünftigen Weg keine Alternative und wir hoffen, dass wir ihn gemeinsam gehen können. Dazu bedarf es allerdings auch Zeiträume, um Drucksachen zu diskutieren. Es geht nicht, dass wir den Haushalt in den Ausschüssen ohne Stellenplan diskutieren, es geht nicht, dass wir 3 Tage vor den Beratungen den Stellenplan und das Haushaltskonsolidierungskonzept bekommen. Wir erwarten eine frühzeitigere Einbindung der Gremien.
Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzbereich für die nicht einfache Arbeit.

Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke für
ihre Aufmerksamkeit.